



Kiel, 1. März 2018

Nr. 069 /2018

Özlem Ünsal:

Der Angst vor zu hohen Wohnkosten muss ein Ende gesetzt werden!

Zur heutigen (01.03.2018) Pressekonferenz des Verbandes Norddeutscher Wohnungsunternehmen erklärt die wohnbaupolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Özlem Ünsal:

„Preise für Grundstücke, Immobilien und damit auch Mieten steigen weiter rasant. Mietwucherungen müssen gestoppt und bezahlbarer Wohnraum zügiger realisiert werden. Die Angst vor hohen Wohnkosten erreicht inzwischen breite Schichten unserer Bevölkerung. Dem muss ein Ende gesetzt werden. Deshalb fordern wir von der Landesregierung ein klares politisches Bekenntnis zum bezahlbaren Wohnungsbau!

Die Aussage des VNW, dass zum öffentlichen Wohl bezahlbares Wohnen dringen umgesetzt werden muss, ist richtig. Kommunen dürfen hierbei nicht alleine gelassen werden, denn bezahlbarer Wohnungsbau ist Gemeinschaftsaufgabe. Hierzu ist es dringend erforderlich, dass die Landesregierung die Voraussetzungen für bezahlbaren Wohnungsbau verbessert. Die Wohnraumförderung ist hierbei ein wichtiges Instrument, für das besondere Anreize geschaffen werden müssen. Genau darauf zielten unsere Haushaltsanträge für den kommunalen Wohnungsbau ab, die von Jamaika letzte Woche jedoch abgelehnt wurden.

Die Landesregierung ist in der Pflicht die Kommunen Schleswig-Holsteins stärker bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu unterstützen. Dazu ist es notwendig unsere kommunalen Wohnungsbaugesellschaften zu stärken, die vor Ort als Korrektiv am Markt auftreten. Wir benötigen mehr kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften, da viele Akteure am Markt renditeorientiert agieren und ihr Interesse, Wohnungen mit Sozialbindung zu schaffen gering ist. Wir begrüßen die hohe Kooperationsbereitschaft insbesondere gemeinwohlorientierter Wohnungsunternehmen, die hier in besonderer Weise gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und zur Entspannung am Wohnungsmarkt beitragen.“

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de